Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

47 (25.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 47 | Donnerstag, den 25. Februar 1932 | 103. Jahrgang

Die große politische Aussprache

Berlin, 24. Febr.

Bei Eröffnung der Sitzung erklärt Reichstagspräsident **Löbe**, die Störungen in der gestrigen Sitzung gäben ihm Veranlassung, für den Fall der Wiederholung solcher Störungen die schärfsten Maßnahmen anzukündigen.

Reichswehrminister Gröner

nimmt das Wort zu folgender Erklärung: In der gestrigen Sitzung hat der Abgeordnete Dr. **Göbbels** nach Feststellung des Aeltestenrates folgendes gesagt: „Sage, wer dich lobt und ich sage dir, wer du bist. **Hindenburg** wird gelobt von der Partei der Deserteure." Ich ergreife die Gelegenheit, wo Dr. Göbbels wieder anwesend ist, auf dieses Wort noch einmal einzugehen. **Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach,** (stürmischer Beifall bei der Mehrheit, lärmende Zurufe bei den Natsoz.) **wenn Hindenburg in irgendwelche Beziehung mit dem Wort „Deserteur" gebracht wird.** (Rufe bei den Natsoz.: Das ist nicht geschehen!) Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen wagt, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt (lebhaftes sehr richtig! bei der Mehrheit, lärmender Widerspruch bei den Natsoz.), kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebensowenig anhaben wie der Verehrung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung in Krieg und Frieden erfüllt hat. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich die Pflicht und den Auftrag, **diese ungeheuerliche Aeußerung des Abgeordneten Göbbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen.** (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Rufe bei den Natsoz.: Das stimmt ja nicht!) **und sie auf das schärfste zurückzuweisen.**

Die Erklärung des Ministers wurde von der Mehrheit mit stürmischem Beifall, von den Nationalsozialisten mit lärmenden Protestrufen aufgenommen. Von ihnen und den Deutschnationalen wurden Zurufe gegen den Regierungstisch gerichtet. Reichskanzler Dr. Brüning sprach erregt auf einzelne Nationalsozialisten ein.

Präsident **Löbe** erklärte unter dem Beifall der Mehrheit, er **weise die Abgeordneten Dr. Ley** (NS.) und **Kleiner** (Dn.) wegen dauernder Störung und beleidigender Zurufe **aus der Sitzung aus.**

Abg. Dr. **Frick** (NS.) protestierte kurz gegen die Ministererklärung, aber der Präsident sagte, er lasse persönliche Bemerkungen jetzt nicht zu.

Als nächster Redner in der Aussprache erhielt dann

Abg. Dr. Breitscheid (S.)

das Wort. Die Nationalsozialisten schickten sich an, ihrer früher verkündeten Taktik gemäß den Saal zu verlassen. Sie wurden aber von einzelnen ihrer Mitglieder zurückgehalten und nahmen nun Zeitungen in die Hand, um ihr Desinteresse an der Rede zu zeigen. Dazwischen kam es immer wieder zu Zurufen und lautem Gemurmel. Die Frage des Präsidenten Löbe, welche Abgeordnete soeben den Minister Gröner als „typischen Schieber" beschimpft haben, wurde nicht beantwortet. Dr. Breitscheid führt aus, die Sozialdemokraten hätten vor sieben Jahren allerdings die Kandidatur Hindenburg **bekämpft**, wenn sie ihn auch nie so beschimpft hätten, wie die Leute der Rechten den ersten Präsidenten Ebert. Die Leute, die von ihrem damaligen Kandidaten Hindenburg einen Bruch der Verfassung und des Eides auf die Republik erwarteten, seien unangenehm, die Verfassungsfreunde angenehm enttäuscht worden. Die Harzburger Front und die Nationalsozialisten wollten sich jetzt nur dann für Hindenburg erklären, wenn er ihnen für ihre Stimmen politische Ware verkauft. Der jüdische Händlergeist scheint in diesen „nationalen" Kreisen bedenklich um sich gegriffen zu haben. **Hindenburg steht nicht auf der politischen Linie der Sozialdemokratie, aber er bietet für die Aufrechterhaltung der Verfassung die Gewähr.** Darum stellen ihm die Harzburger und die Kommunisten Gegenkandidaten gegenüber. Düsterberg und Thälmann kommen ernsthaft nicht in Frage, sondern fallen unter die Rubrik „ferner liefen". (Heiterkeit.) Wir freuen uns, daß als ernsthafter Gegner Hindenburgs **Hitler** selbst auftreten will. Wir freuen uns, daß Hitler selbst sich die Niederlage holt und nicht ein Offizier Hitlers. Hitler hat es allerdings noch nicht für nötig gehalten sich um die deutsche Reichsangehörigkeit zu bemühen, wie es jeder andere Mensch tun muß. Bei ihm langt es zum Gendarmen, aber nicht zum Reichspräsidenten.

Die Unruhe in den Reihen der Nationalsozialisten hat sich bei diesen Ausführungen verstärkt. Es kommen keine Zwischenrufe, aber das immer mehr anschwellende „Volksgemurmel" erschwert es dem Redner, sich verständlich zu machen.

Präsident **Löbe** erklärt dem nationalsozialistischen Abgeordneten **Vetter**: Ich habe festgestellt, daß Sie aus einer Reichstagsdrucksache laut vorgelesen haben. Das ist ein bewußter Versuch zur Störung der Verhandlung und ich schließe Sie deswegen aus der Sitzung aus!

Mehrere Nationalsozialisten protestieren. Einer ruft: Gestern war es doch viel lauter. — Löbe antwortet: Ja, darum habe ich heute strenge Maßnahmen gegen die Wiederholung des gestrigen Lärms angekündigt.

Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen

Mit dem ausgewiesenen Abg. Vetter zusammen verlassen die übrigen Nationalsozialisten den Saal. An der Tür rufen sie noch einmal zurück: „Schieber" Aus dem Zentrum kommt der Gegenruf: „So gehen also die Erneuerer Deutschlands aus!"

Die Deutschnationalen, zuletzt der Abg. von Oldenburg-Januschau, schließen sich dem Auszug der Nationalsozialisten an.

Abg. Dr. **Breitscheid** (S.) erörtert die Folgen, die sich aus einem Hitlersieg bei der Reichspräsidentenwahl für die deutsche Innen- und Außenpolitik ergeben werden. Innenpolitisch würde in einem solchen Falle das Fundament der Weimarer Verfassung zerstört sein. Daran können alle Legalitätsbeteuerungen Hitlers nichts ändern. Das Reichsgericht hat in seinem Urteil vom 21. Februar 1930 ganz einwandfrei den illegalen Charakter der nationalsozialistischen Partei festgestellt. **Minister Gröner** und **General Schleicher** sollten dieses Urteil aufmerksam studieren, ehe sie nocheinmal in einem Erlaß den Nationalsozialisten den Eingang in die Reichswehr öffnen. Der Sprecher der Nationalsozialisten, Abg. Strasser, hat den Minister Gröner als Mann des Eidbruches und Wortbruches beschimpft, er hat ihn den Mann des Hochverrates genannt. Wenn Sie, Herr Minister Gröner, persönlich das so leicht nehmen, der Staat kann es nicht so leicht nehmen. (Beifall bei den Soz.) Wir wollen es um des Staates und des Volkes willen den nationalsozialistischen Faschismus von der Macht fernhalten. Deshalb werden wir **für den Präsidentschaftskandidaten stimmen, der die meiste Aussicht hat, die Mehrheit der Stimmen gegen den Faschismus zu sammeln.** Mit der eisernen Front wollen wir den Abwehrkampf gegen den Faschismus führen nach dem alten Wort: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichswehrminister Gröner

erwidert zu dem jüngsten Reichswehrerlaß: Die Erklärungen des neuen Reichsbannerführers Höltermann hätten ergeben, daß das Reichsbanner sich nicht mit der Aufstellung von illegalen Polizeitruppen befassen wolle, ebenso wolle er sich nicht illegal mit militärischen Organisationen befassen. Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanners diese Richtlinien in seinem Bunde durchzusetzen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Machtmittel des Staates genügen. In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Höltermann seine loyale Erklärung begrüßt. Weiter ist zu sagen: Sie — an die Sozialdemokraten gewandt — unterstellen einen Kurswechsel des Reichswehrministeriums. An einen Kurswechsel denke ich nicht. (Widerspruch bei den Kommunisten!) **Der Kurs geht geradeaus zum Wohle des Staates. Ich kenne nur den Weg der Verfassung.** Auf diesem Wege bin ich gewillt, die Machtmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und rücksichtslos einzusetzen. **Mein Standpunkt über Einstellung in der Wehrmacht ist im Grundsatz unverändert, wie ich ihn im Herbst unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit dieses Hauses hier festgelegt habe.** Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt die Einstellung in die Wehrmacht auch für Angehörige der nationalsozialistischen Partei bei einschneidenden Sicherungen. **Ich habe niemals meine Hand zu einem politischen Geschäft auf dem Rücken der Wehrmacht geboten. Die Wehrmacht steht über den Parteien.** Vorbedingung für den Eintritt in sie ist der Verzicht auf jegliche Zersetzungsarbeit. Die wiederholt abgegebenen Erklärungen des Führers der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und sein Bekenntnis zur Legalität, erstmals durch den Bruch mit dem radikalen Führer Stennes dargetan, zeigen, **daß der Führer der NSDAP. bestrebt ist, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen. Das stellen auch die Entscheidungen des Reichsgerichtes ausdrücklich fest. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP. nicht länger vorzuenthalten.** Die Befürchtungen aus diesem Anlaß begreife ich nicht. Der Erlaß hat alle Sicherungen getroffen. Der Minister wiederholt nocheinmal die Bestimmungen des Erlasses und betont, daß die unveränderte, unpolitische Haltung der Reichswehr gesichert bleibt. (Unruhe bei den Kommunisten.) Wenn etwa Elemente, die nicht in die Reichswehr gehören, sich trotz aller Sicherungen einschleichen sollten, so wird der gesunde Körper der Wehrmacht sie ausscheiden. Die Befürchtung, daß die Reichswehr politischen Einflüssen ausgeliefert wird, ist grundlos. Ein Reichswehrminister zerschlägt nicht die eigene hartgeschmiedete Waffe. (Beifall und Lachen.)

Abg. Dr. Bolz (Z.):

Der gestrige Tag war ein unwürdiger Tag für das Parlament. In der jetzigen schweren Zeit kann **nur besonnene, ruhige Arbeit für Volk und Wirtschaft dem Vaterlande nutzen.** Die Kritik, die hier in verletzenden Formen sich gezeigt hat, ist das Gegenteil einer solchen Arbeit, denn es war nur Kritik ohne Rücksicht auf nationale Würde und ohne einen Vorschlag für bessere Lösungen. Jede Kritik sollte ihre Grenze da finden, wo das nationale Interesse geschädigt wird. Ihre Kritik (zu den Natsoz.) ist grenzenlos, gewissenlos, rein negativ, ohne Inhalt, ist nichts als Verhetzung, Vergiftung, Zerstörung. (Beifall im Zentrum.) Während die Aufgaben der **Stellung des Reichspräsidenten** gerade von der rechten Seite vor sieben Jahren in einer gewissen Ueberparteilichkeit gesehen wurden, wollen jetzt dieselben Kreise das Amt des Reichspräsidenten mit parteipolitischen Bindungen versehen. Man mutet dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu, daß er die Regierung Brüning zum Teufel jagt, aber man kann nicht einmal plausible Gründe dafür angeben. **In den entscheidenden Fragen der Politik, vor allem in der Reparations- und Abrüstungspolitik gibt es im Volke gar keine Meinungsverschiedenheit mit der Regierung.** Kein Mensch kann auch ehrlicherweise eine Partei oder eine Regierung verantwortlich machen für das Elend, in das wir hineingeraten sind. Der Ruf nach dem Sturz des alten Systems wird ausgestoßen, ohne daß die Propagandisten des neuen Systems sagen können, wie sie es anders oder besser machen wollen. Sie wollen nur unter allen Umständen an die Macht, ohne daß sie sagen, was sie mit dieser Macht anfangen wollen. Unsere Aufgabe ist es, den Versuch zu machen, die Dinge zu bessern. Es müssen neue Wege aufgezeichnet werden, um in eine bessere Zukunft hineinzukommen. Meinungsverschiedenheiten sind zu überwinden, wenn man mit Verantwortungsgefühl an die Aufgabe herangeht und wenn man den ehrlichen Willen hat, wirklich aufzubauen und Arbeit zu schaffen. Hier versagen Parteien und Parlament und zwingen die Regierung zu Notverordnungen.

Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Leistungen ist sehr bitter für alle Betroffenen und wir wünschen, daß mit diesem Abbau endlich Schluß gemacht wird. Die **Sanierung der Finanzen** darf gewiß nicht Selbstzweck sein, aber sie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Sanierung der Wirtschaft. Das ist unsere schwerste Aufgabe. Die Regierung hat bewiesen, daß sie den Mut hat, einzugreifen. Der Eingriff in die **Zinsenfrage**, in die Mieten, in den Abbau der **Gebäudeentschuldungssteuer** und jetzt dieses zweite Sanierungswerk der zusammengebrochenen **Großbanken** sind doch Leistungen, die man nicht einfach abstreiten kann; es sind **notwendige Etappen auf dem Wege der Gesundung unserer Wirtschaft.** Das Volk verlangt aber Aufschluß und Klarheit. Deshalb bitte ich den Kanzler, seine Maßnahmen dem Volke so darzustellen, daß es sieht, ob ihm ein Hoffnungsstrahl winkt. **Wir sind unfrei geworden durch die Wirtschaftspolitik der anderen um uns herum.** Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik darf nicht sein die möglichst rasche Steigerung des Reichtums und der Lebenshaltung: **mehr wert ist die Beständigkeit und die Gleichmäßigkeit unserer Wirtschaft und die Sicherung gegen die ständig wiederkehrende Krisengefahr.** Darum darf nicht einseitig die Exportwirtschaft bevorzugt werden, sondern wir müssen nach Möglichkeit unseren Binnenmarkt stärken. Wir brauchen vor allem eine **Einschränkung der Einfuhr** aus dem Auslande. Das bedeutet nicht Autarkie, denn Autarkie ist Utopie. Wir bedürfen auch einer anderen inneren Einstellung bei den Handelsvertragsverhandlungen, eine andere Zielsetzung. In der **Agrarpolitik** müssen wir hinsichtlich der Ernährung mindestens unabhängig vom Auslande werden. Solche Agrarpolitik ist auch die Grundlage einer dauerhaften Siedlungspolitik.

Unsere zweite Aufgabe ist **die Verhinderung der Proletarisierung noch weiterer Kreise** und die Schaffung und möglichste Neubildung und Erweiterung der selbständigen Kreise des Mittelstandes. Der **Mittelstand** ist in der Gefahr, die Zinsen, Amortisationen und Steuern nicht mehr aufbringen zu können. Es wird zu prüfen sein, was hier an Erleichterungen geboten werden kann. **Wir müssen mit der Deflation jetzt Schluß machen,** soweit nicht Ereignisse und Vorgänge außerhalb unserer eigenen Wirtschaft uns in eine andere Richtung zwingen. **Wir möchten auch wünschen, daß Schluß gemacht wird mit dem Inflationsgerede.** Inflation ruiniert jeden Sparsinn und jeden Kredit. In der Zinsfrage ist noch ein weiteres zu tun. Ich bedauere, daß die Notverordnung nur für zurückliegende Schulden gilt und daß neue Schuldverhältnisse völlig frei sind in der Höhe der Zinsen. Die Reichsbank muß mit dem Diskontsatz heruntergehen. Die Opposition beschwert sich, daß man ihr nicht einen Anteil an der Regierung gegeben hat. Die Deutschnationalen hatten die Möglichkeit, dabei zu sein.

Das Zentrum ist zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit, die auf dem Boden der Verfassung aufbauende Arbeit leisten will. Wollen das die Nationalsozialisten? Ihr Programm ist widerspruchsvoll. Einen so geheimnisvollen und dunklen Weg lehnt das Zentrum ab. (Zuruf rechts: Gott sei dank!) Der Druck, der auf unserem Volke liegt, wird durch die politische Verhetzung verschärft. Die Regierung war gezwungen, die Presse- und Versammlungsfreiheit teilweise einzuschränken. Wir müssen fordern, daß der Staat seine Autorität um so stärker zeigt, je mehr die Volksmassen verhetzt werden. Der Staat wird mit noch schärferen Mitteln zugreifen müssen. Die nationale Opposition bildet sich schon ein, mit der radikalen Linken den Sturz der Regierung herbeizuführen. Ende dieser Woche soll der erste Sieg erfochten werden und am 13. März der zweite. Wir haben so viel Vertrauen zur Besonnenheit in diesem Parlament, zu glauben, daß der erste Sieg ihnen nicht zufällt und daß der 13. März eine noch schwerere Niederlage für sie sein wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven (Dntl.):

Bei den **Präsidentschaftswahlen** geht es um die Aufrechterhaltung des heutigen Regimes. So verheerend dieses System sich innen- und wirtschaftspolitisch ausgewirkt hat, muß es doch vor allem um seiner Außenpolitik willen bekämpft werden. Diese **Außenpolitik** stellt eine Kette von Mißgriffen und Niederlagen dar und sie bringt die letzten deutschen Möglichkeiten parteipolitischen Zielen zum Opfer. Das gilt vor allem für die große Aktion des vorigen Jahres, die Zollunion. Das Wiener Protokoll wurde vorzeitig und ungeschickt in unfertiger Form veröffentlicht. Vor dem ersten französischen Widerspruch wich man zurück. Curtius wurde in die Wüste geschickt, obgleich Brüning für die Aktion voll verantwortlich war und die Schuld auf sich geladen hatte, daß er im letzten Stadium seinem Außenminister die erbetenen Instruktionen verweigerte. Als dann die **Hooveraktion** kam, hat Brüning der Sabotage dieses Planes durch Frankreich nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern Frankreichs Isolierung durch seine Rundfunkrede und die Regierungskundgebung vom 7. Juli wieder beseitigt und Hoover dadurch vor den Kopf gestoßen. **Der Reichskanzler hat die französische Forderung angenommen, daß bei den deutsch-französischen Besuchen von Abrüstung und Tributen nicht gesprochen werden dürfe.** Statt dessen hat er unter dem Schlagwort der internationalen

Zusammenarbeit das deutsch-französische Wirtschaftskomitee eingesetzt.

Angesichts dieser Sachlage hat Brüning dann nicht versucht, im Einvernehmen mit anderen Mächten die Tributfrage aufzurollen, sondern hat unter französischem Druck die Baseler Tributbank angerufen und hat den uns ungünstigen Baseler Bericht annehmen lassen. Dann folgten die gegen alle diplomatischen Regeln verstoßenden Verhandlungen mit den französischen und britischen Politikern. Es kamen rätselhafte Indiskretionen und es kam die Erklärung, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen könne. Dadurch erhielt Frankreich die Möglichkeit, die Lausanner Konferenz einfach zu sabotieren. Wenn nun die Konferenz Ende Juli zusammentritt, stehen wir unter dem Druck des Ablaufes des Hooverjahres und befinden uns dadurch in der denkbar ungünstigsten Lage. Zwei Tage vor dem Besuch der französischen Minister beim Reichspräsidenten ging durch die Presse die augenscheinlich inspirierte Notiz, daß die Franzosen die Kriegsverbrecherliste kassiert hätten. Die Nachricht war falsch. Der Reichspräsident ist dadurch irregeführt worden. Auf der Abrüstungskonferenz hat Brüning eine populär-philosophische Rede ohne Salz und Kraft gehalten und hat es Grandi und Apponyi sagen lassen was Deutschland hätte sagen müssen. Im gegenwärtigen Augenblick treten diese Dinge zurück hinter den Vorgängen im Osten. Der **litauische Putsch bedeutet einen Faustschlag ins Gesicht des Deutschen Reiches.** Das Auswärtige Amt war gewarnt, hat aber die Dinge schwimmen lassen. Die Klage in Genf hat zu einem vollen Mißerfolg geführt. Es ist unendliches im Osten versäumt worden. Die Sperrung unserer Grenze würde Litauen binnen kurzem in die Kine zwingen. Der Memelfall wird zu einem Fanal für den ganzen Osten. Schon hat Lettland eine Verordnung gegen die deutsche Sprache erlassen und Polen liegt auf der Lauer. Die Welt soll wissen, daß auch ein waffenloses Deutschland mit der Kraft der Verzweiflung um sein Dasein ringen wird. Wir wollen dieses System nicht mehr dulden, das uns immer tiefer in die Knechtschaft hineingeführt hat. Der Sturz dieses Systems ist das Ziel des Wahlkampfes, der jetzt beginnt. Es ist die tragische Schuld des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dieses System gestützt hat.

Abg. Dr. Bredt (WP.)

beschäftigt sich zunächst mit der Rede des Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven, die auf den Kern der Frage nicht eingegangen sei. Das Kabinett Brüning sei vom Reichspräsidenten von Hindenburg berufen worden als ausgesprochenes Rechtskabinett. Einem solchen Kabinett hätten die Deutschnationalen sich anschließen müssen. Wenn Hugenberg das ablehnte, dann trage er selbst die Schuld an der Entwicklung der Dinge. Die Rechnung auf eine koalitionsmäßige Einbeziehung der Nationalsozialisten sei doch offenbar undurchführbar. Die Programmforderungen der Nationalsozialisten laufen hinaus auf die Vernichtung des kapitalistischen Systems und auf die Durchführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Weil die Regierung Brüning eine Partei mit solchen Forderungen nicht in die Regierung mit hineinnehmen will, darum beantragt nicht nur die Deutschnationale, sondern auch die Deutsche Volkspartei ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning. Die Deutschnationalen haben immer mehr Macht für den Reichspräsidenten verlangt. Ihr Verhalten jetzt beweist, daß sie diese Forderung in der Weise auslegen: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut!" Der Stahlhelm hat ein Mitglied ausgeschlossen, weil es für Hindenburgs Wahl eingetreten ist. Es ist eine Groteske, wenn das Landvolk einen Minister stellt, der die Landvolkpolitik in der Regierung durchsetzt, und wenn demnach das Landvolk gegen die Regierung stimmt. Bei den weiteren Ausführungen des Redners häufen sich laute Zwischenrufe und Unterbrechungen aus den Reihen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Vizepräsident Esser erteilt einen Ordnungsruf für die in einem Zwischenruf aufgestellte Behauptung, die Wirtschaftspartei habe sich ihre letzte Abstimmung für die Regierung von der Regierung bezahlen lassen. Abg. Dr. Bredt bezeichnet diese Behauptung als eine Verleumdung. Nach der Abstimmung habe allerdings ein Mitglied der Wirtschaftspartei, der frühere sächsische Finanzminister Dr. Weber für seine Genossenschaften Hilfe von der Regierung erbeten. Dr. Weber aber sei heute Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. (Heiterkeit bei der Wirtschaftspartei.) Ihnen, so wendet sich der Redner weiter an die Rechte, scheint es überhaupt ganz fremdartig vorzukommen, wenn eine Partei ohne jede Gegenleistung nur ihrem Gewissen folgend für die Regierung stimmt. **Wir folgen nur unserem Gewissen, wenn wir auch jetzt noch einmal für die Regierung stimmen.** (Rufe rechts: „Dann werden Ihre Wähler Ihnen davonlaufen!") Glauben Sie etwa, daß wir aus Furcht vor dem Verlust an Wählern anders stimmen werden, als es uns unser Gewissen gebietet? Uns steht das Vaterland über der Partei. (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Abg. Graf von Westarp (Volkskons.)

bei dessen Erscheinen auf der Rednertribüne die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal verlassen haben erklärt dem Abgeordneten Dr. Göbbels: „Ich glaube nicht, daß Sie die Absicht hatten, den Reichspräsidenten persönlich anzugreifen. Das von dieser Stelle ausgesprochene Wort bleibt aber stehen und wirkt weiter. Irgend welches Lob oder irgendwelcher Tadel von Deserteuren hat mit dem Namen Hindenburg nichts zu tun. (Beifall.) Deserteure nenne ich nicht in einem Atemzug mit diesem Mann, der für mich und für das ganze Volk das Vorbild eiserner Pflichttreue ist. Ich möchte Sie herzlich bitten: Tun Sie nichts, um aus unserem Volk und unserer Jugend noch herauszureißen den letzten Rest von Ehrfurcht vor der Größe einer geschichtlichen Persönlichkeit. (Lebhafter Beifall.) Die Versicherung des Stahlhelm, er wolle den Wahlkampf mit ritterlichen Waffen führen, sollten doch auch die Nationalsozialisten sich zu eigen machen. Dr. Göbbels sagte zwar, er wolle den Kampf gegen das geltende System führen, tatsächlich war seine Rede aber nicht ein Kampf gegen das System, sondern nur gegen das Brüning-Kabinett. Ich bedauere, daß es nicht gelungen ist, die Reichspräsidentenwahl aus dem innenpolitischen Streit herauszuheben und dem Auslande vor Augen zu führen, daß das deutsche Volk nicht nur entschlossen, sondern auch geschlossen ist in dem Willen zur Befreiung. Wenn von meinen früheren Freunden und jetzigen Gegnern gesagt wird, Hindenburg habe sie im Stich gelassen, so setze ich dem das persönliche Bekenntnis entgegen: „Ich fühle mich durch Hindenburg nicht im Stich gelassen, und ich lasse ihn nicht im Stich!" (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Weber-Potsdam (St.P.)

schließt sich in der Frage der Reichspräsidentenwahl dem Vorredner an, meint aber, die Rede des Abgeordneten Dr. Goebbels habe eine schwere Beleidigung des Reichspräsidenten enthalten. Nach einem früheren Antrag der Nationalsozialisten soll die Beleidigung deutscher Heerführer mit Zuchthaus und körperlicher Züchtigung bestraft werden. Wenn die Nationalsozialisten diesen Antrag zur Abstimmung bringen wollen, so erklärt der Redner, so werde ich im vorliegenden Falle für die körperliche Züchtigung des Herrn Dr. Goebbels stimmen. (Sehr gut.) Der Redner berichtet dann von blutigen Gewalttaten, die Nationalsozialisten im Anschluß an Wahlversammlungen in der Provinz verübt haben und bei denen ein älterer Mann in Gegenwart seiner unglücklichen Frau von Nationalsozialisten totgeschlagen wurde. Er berichtet weiter, daß im Holsteinischen einem Geschäftsmann der Laden zerstört wurde, weil er sich geweigert hatte, für eine nationalsozialistische Sammelliste zu zeichnen. (Die Nationalsozialisten begleiten diese Schilderungen mit Lachen und Zurufen.) Dr. Weber wendet sich dann gegen den Erlaß des Reichswehrministers Gröner und erklärt, Gröners heutiger Rechtfertigungsversuch habe ihn in keiner Weise befriedigt. Schon jetzt verkehrten die Nationalsozialisten ungeniert mit Reichswehrsoldaten, die den Hitler-Gruß anwenden. Der ruhige Bürger könne es sich nicht länger gefallen lassen, daß Tag für Tag von den Nationalsozialisten und Kommunisten Bluttaten begangen werden, ohne daß die Gerichte mit der erforderlichen Strenge dagegen vorgehen. Zum Oberreichsanwalt könne man in dieser Beziehung wenig Vertrauen haben. **Das Geschrei der Nationalsozialisten über Unterdrückung steht einer Partei schlecht an, die selbst auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen ist.**

Unterbrechung der Sitzung

Nach diesen Worten des Redners stürmen die Nationalsozialisten unter lauten, drohenden Rufen gegen die Rednertribüne vor. Vizepräsident Esser ruft den Abgeordneten Dr. Weber zur Ordnung, aber der Lärm der Nationalsozialisten hält weiter an, und **der Vizepräsident unterbricht daraufhin die Sitzung.** Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt Vizepräsident Esser mit, er habe Dr. Weber gebeten, die Bemerkung, die zur Unterbrechung der Sitzung führte zurückzunehmen. Herr Dr. Weber habe sich daraufhin bereit erklärt, die Richtigkeit seiner Bemerkung, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen sind, historisch an der Hand von Tatsachenmaterial zu beweisen. Auf die Bitte des Präsidenten habe Dr. Weber aber für diese Sitzung darauf verzichtet.

Abg. Simpfendörfer (Chr.Soz.)

bedauert, daß die Wiederaufstellung Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl nicht zu einem machtvollen und geschlossenen Bekenntnis des Reichstages geführt habe. Die Haltung der radikalen Rechten sei geradezu eine Versündigung gegen die nationale Führeridee und gegen den konservativen Staatsgedanken. Der Volksdienst bekenne sich zu Hindenburg. Er sei ihm der gottgeschenkte Führer, der in den Tiefen christlichen und reformatorischen Glaubens wurzelt, unbekümmert um Parteimeinungen, seinem Volke den Weg zur Einheit und Freiheit weise. Das System von 1918 lehne auch der Volksdienst ab; er begrüße es, daß die Regierung Hindenburgs dies System überwunden habe. An die Stelle der Verantwortungslosigkeit der Zahl sei die Bejahung der Verantwortlichkeit durch die Persönlichkeit getreten. Diese grundsätzliche und praktische Ueberwindung des revolutionären Systems stehe jedoch auf zu schwacher Grundlage. Deshalb sei der Volksdienst der Ansicht, daß die tatsächliche Ueberwindung des überspitzten Parlamentarismus möglichst bald verfassungsrechtlich verankert werden müßte. Dazu sei neben der Erhöhung des Wahlalters vor allem die Erweiterung der Macht des Reichspräsidenten und eine stärkere Sicherung der Regierung gegen die wechselnden Launen der Parteien zu rechnen. Bei Erörterung außenpolitischer Fragen macht der Redner darauf aufmerksam, daß der Volksdienst nie einen Zweifel darüber gelassen habe, daß er die jetzige Regierung nur so lange unterstützen könne, wie der außenpolitische Befreiungskampf mit aller Entschiedenheit geführt werde. Notwendig sei jetzt ein schnelles Eingreifen in der **Memelfrage,** ebenso wie eine immer wiederholte Stellungnahme gegen die **Kriegsschuldlüge.** Eine Schande für den deutschen Rechtsstaat seien die täglichen **Morde und Terrorakte. Die Regierung müsse hier schnell und energisch eingreifen.** Entscheidend für die Gesundung freilich sei die Erneuerung auf den Grundrechten des christlichen Glaubens. Die sittliche Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg bietet Gewähr für eine solche Gesundung. Deshalb steht der Volksdienst nach wie vor treu zu Hindenburg. Mit Hindenburg für ein neues, freies, wahres und christliches Deutschland!

Abg. Rosenberg (NS.)

geht als zweiter Redner seiner Fraktion auf die Außenpolitik des Brüning-Kabinetts ein, um aus ihrer Entwicklung den Schluß zu ziehen, daß das außenpolitische System dieses Kabinetts völlig versagt habe. Den Uebergriffen Polens und Litauens sei nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten worden. In der deutschen Gesandschaft in der litauischen Hauptstadt Kowno seien 30 bis 40 Prozent Ausländer beschäftigt, darunter auch Litauer. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ruft dem Redner zu: „Wo waren Sie von 1918 bis 1922?" Rosenberg antwortet: „Was Sie damit sagen wollen, ist eine Lüge und außerdem geht es Sie nichts an!" Auf den Zuruf eines anderen Sozialdemokraten antwortet Abg. Rosenberg: „Sie wollen wohl eine Ohrfeige haben?"

Präsident **Löbe** erklärt, er habe den Zurufer zur Ruhe weisen wollen, aber Abg. Rosenberg habe nicht nur einen Abgeordneten der Lüge beschuldigt, sondern einem anderen auch mit Ohrfeigen gedroht. Diese Bedrohung sei eine so grobe Ausschreitung, **daß dem Redner das Wort entzogen werden müsse.**

Zweite Sitzungsunterbrechung

Diese Erklärung des Präsidenten ruft bei den Nationalsozialisten einen Proteststurm hervor. Der Präsident schließt wegen lauter Zurufe den nationalsozialistischen Abg. Schaller von der heutigen Sitzung und den nationalsozialistischen Abg. Sprenger, der der ersten Aufforderung nicht folgte, auf zwei Sitzungstage aus. Da der Lärm andauert, unterbricht der Präsident nochmals die Sitzung.

Nach fast zweistündiger Unterbrechung eröffnet Präsident **Löbe** die Sitzung, indem er einem Kommunisten einen Ordnungsruf erteilt, der den Abg. Rosenberg zu der Drohung mit Ohrfeigen veranlaßt hatte. Rosenberg darf weitersprechen und der Ausschluß des Abg. Sprenger wird zurückgenommen. Nach weiteren Ausführungen Rosenbergs, bei denen die Kommunisten Zwischenrufe machen, wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Morgen große Kanzlerrede im Reichstag?

T.U. **Berlin,** 24. Febr. Die dritte Sitzung im diesmaligen Tagungsabschnitt des Reichstags am Donnerstag, die um 12 Uhr beginnt, wird voraussichtlich mit einer großen Rede des Reichskanzlers über die gesamte Innen- und Außenpolitik eingeleitet werden. Alsdann werden die übrigen Redner der ersten Rednerreihe das Wort nehmen, nämlich die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolks und der Sozialistischen Arbeiterpartei. Danach beginnt die zweite Rednerreihe. Man hofft, die Aussprache am Abend abschließen zu können, sodaß in der Sitzung am Freitag nur noch die Abstimmungen über die zahlreich vorliegenden Mißtrauens- und sonstigen Anträge vorzunehmen wären.

General von Lettow-Vorbeck an Hindenburg

Bremen, 24. Febr. Generalmajor a. D. v. Lettow-Vorbeck hat letzte Woche an den Reichspräsidenten ein längeres Schreiben gerichtet, in welchem er dem Reichspräsidenten seinen Dank dafür ausspricht, daß sich dieser — unbeirrt durch den Streit der Meinungen — bei den kommenden Reichspräsidentenwahlen dem Vaterlande wiederum zur Verfügung stelle. Zugleich gibt v. Lettow-Vorbeck in seinem Briefe der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Wahl Hindenburgs dem Vaterlande eine über den Parteien stehende Spitze erhalten bleibe. Hindenburg hat General v. Lettow-Vorbeck in einem in herzlichen Worten gehaltenen Schreiben gedankt und nochmals darauf hingewiesen, daß er, wie er bereits ausgesprochen habe, seine letzte Kraft dafür einsetzen werde, die äußeren Fesseln Deutschlands zu lösen und dem deutschen Volke die Einigkeit wiederzubringen.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[40

Der Kopf schmerzte ihr, die Augen brannten, weil sie keine Tränen vergießen konnte. Und groß und wuchtig kam der Trotz über sie:

„Ich — will mich nicht demütigen! Er soll sich in mir geirrt haben. Er hat mich ausgelacht, weil ich ihm meine Liebe so offen zeigte und er — er hat nur die Fürstin geliebt. Wer hilft mir diese Schmach tragen? Ich — gebe ihn nicht frei! Er soll den Mut selbst finden. Ich mache den Weg nicht selbst frei für eine Frau, die mir solche Worte sagen konnte. Ich habe Dietrich von Rheinsbergh gehaßt! Warum konnte es nicht so bleiben? Warum liebe ich ihn nun mehr als mein Leben, ihn, der mich so grausam täuschen konnte?"

Nach Stunden war sie endlich doch auf kurze Zeit eingeschlafen. Als sie erwachte, hatte ihr Tante Adelheid einen Brief auf die Bettdecke gelegt.

Von Dietrich von Rheinsbergh!

Elme legte ihn wieder hin, nachdem sie die Handschrift erkannt hatte.

„Wie er sich diese zärtlichen Worte abringen mag!" dachte sie gequält. „Es ist seiner unwürdig. Warum soll ich diese Worte, von denen sein Herz nichts weiß, lesen?"

Elmes weiße Finger zerrissen den Brief, zitterten nicht einmal dabei. Dietrich von Rheinsberghs sehnsuchtsvolle Worte blieben ungelesen.

Von nun an war Elme eine andere geworden. Sie plauderte und lachte, ließ sich aus Berlin elegante Toiletten kommen und war in nichts mehr das scheue, zurückhaltende junge Mädel. Eine junge, reizende Dame war sie, die sich ihres Wertes voll bewußt schien.

„Wie die paar Wochen sie verändert haben!" dachte Frau von Löwenried ahnungslos.

Aber sie freute sich dieser Veränderung, denn Elme hatte äußerlich nur gewonnen. Ihr wundes Innere verbarg sie ängstlich, und nur die endlosen Nächte sahen ihre Verzweiflung.

Es waren wieder schöne, sonnige Tage, und das Strandleben hatte seinen Höhepunkt erreicht. Frau von Löwenried sagte:

„Nun werden wir bald an die Rückkehr denken müssen. Es ist schon immer wieder dasselbe: erst freut man sich auf die Reise, und dann freut man sich doch wieder, in sein Heim zu kommen. Und du, Elme, du freust dich doch ganz besonders. Wie sollte es denn auch anders sein."

Und Elme lächelte und sagte:

„Ja, ich freue mich ganz besonders!"

„Es ist auch gut, daß wir heimreisen. Dieser ungarische Baron ist mir zu aufdringlich, liebe Elme. Er weiß doch, daß du verlobt bist. Wie kann man eine Braut so offen anbeten!"

„Vielleicht denken wir darin zu altmodisch? Es scheint, daß das heute weiter nichts ist, sondern daß es mit zum guten Ton gehört, den Verlobten oder die Verlobte eines anderen zu lieben", sagte Elme bitter.

„Elme?"

Frau von Löwenried war ehrlich erschrocken. Was hatte Elme nur? Und Dietrich hatte ihr auch einen merkwürdigen Brief geschrieben. Er hatte ihr Vorwürfe gemacht, daß sie Elme mit der Fürstin Saboffky und ihrer Begleitung zusammengebracht hatte.

„Wenn ich auch einsehe, daß du in einer peinlichen Lage warst der Fürstin gegenüber, so bin ich doch außer mir darüber, daß Elme in dieser, gerade in dieser Gesellschaft so lange Zeit verbracht hat."

So lautete ein Satz in diesem Briefe, und Frau von Löwenried grübelte dem Sinn dieser Worte lange nach. Hatte doch etwas bestanden zwischen Dietrich und der Fürstin? Der Brief ließ diesen Schluß doch beinahe einwandfrei zu. Dann war es aber doch höchst geschmacklos von der Fürstin gewesen, die Nähe Elmes so auffällig zu suchen?

Die Geheimrätin konnte ihren Gedanken nicht weiter nachhängen, da sie mit den Mädels zum Strande wollte. Die paar Tage, die man noch da war, mußte man auch gehörig ausnutzen.

Gegen Mittag wurden dann wieder die unvermeidlichen Rosen abgegeben, die Baron Sekzöny täglich schickte und die Elme, wie immer, ins Vorzimmer stellen ließ.

Nie steckte sie eine Blume davon an; aber sie warf sie auch nicht fort. Wenn Elme an die Heimreise dachte, dann zitterte sie. Und dennoch kam ihr nicht ein einziges Mal der Gedanke, heimlich fortzugehen.

Sie war Dietrich von Rheinsberghs Braut, würde seine Frau werden, wenn er den Skandal einer Entlobung scheute und wenn er auf einer Heirat bestand. Sonst aber war sie fertig mit ihm. Er liebte die Fürstin und hatte keine Rechte mehr, sie zu küssen. Denn jeder Kuß war eine Lüge.

* * *

Als die Damen von der Mittagstafel in ihre Zimmer zurückkehrten, erhob sich aus einem Sessel im Salon ein großer, breitschultriger Herr.

Frau von Löwenried stieß einen freudigen Ruf aus.

„Dietrich! Wie lieb von dir — du willst uns heimholen? Hat es dir nun doch noch zu lange gedauert?"

Er beugte sich über ihre Hand.

„Guten Tag, Tante Adelheid! Wie ich sehe, ist dir der Aufenthalt an der See gut bekommen, was mich freut. Wir sprechen uns nachher noch. Erst möchte ich mit — mit Elme noch ein paar Worte sprechen. Wo ist — —? Guten Tag, Elmenkind!"

Mit einem Schritt stand er vor dem Mädchen, küßte sie. Seine Arme legten sich um sie.

„Elme, ich hatte so eine unsinnige Sehnsucht. Bist du mir böse, daß ich unangemeldet gekommen bin?"

Er hatte ihr ängstliches Zurückweichen nicht bemerkt. Elme aber fand sich nur mühsam zurecht in dem wilden Gewirr ihrer hastenden Gedanken. Ja, war er denn nicht gekommen, um sie zu bitten, ihm sein Wort zurückzugeben, weil er die Fürstin liebte?

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg